



Honecker in Bonn

7. September 1987

— Lösungen und Unterrichts Anregungen zu Arbeitsblatt A

Arbeitsblatt A beleuchtet unter nationalem Aspekt, wie sich 1987 die „deutsche Frage“ den Zeitgenossen darstellte. Hatten sich die Deutschen mit der Zweistaatlichkeit abgefunden, was der Honecker-Besuch zu versinnbildlichen schien, oder gab es weiterhin in breiten Kreisen der Bevölkerung den Wunsch nach staatlicher nationaler Einheit?

Honecker-Besuch und die Ostpolitik Willy Brandts

Die Einladung zu einem Gegenbesuch Honeckers in Bonn hatte ursprünglich Bundeskanzler Schmidt (SPD) ausgesprochen, als er sich 1981 mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden in der Uckermark traf. Helmut Kohl (CDU), seit 1982 Schmidts Nachfolger, erneuerte die Einladung und signalisierte damit, dass er gewillt war, die bisherige Politik gegenüber der DDR fortzusetzen. In seiner Tischrede am 7.9.1987 folgte er der Brandtschen Formel „Kooperation statt Konfrontation“ mit dem Satz: „Konzentrieren wir uns in diesen Tagen auf das Machbare, und bleiben wir uns auch einig, die zur Zeit unlösbaren Fragen nicht in den Vordergrund zu stellen.“

1 Die „deutsche Frage“: Zustandsbeschreibung

— Zu Aufgabe 1

Die Meinungsbilder zur deutschen Frage sind einem Aufsatz von Silke Jansen entnommen (in Deutschland Archiv 10/1989, S. 1132–1143). Sie basieren auf ihrer Dissertation, in der sie in einem Längsschnitt Ergebnisse führender westdeutscher Meinungsforschungsinstitute ausgewertet hat.

Für die DDR fehlen vergleichbare Meinungsbilder. Lediglich zur Unter- richtung der Parteiführung existierte dort seit 1966 ein „Institut für Meinungsforschung beim Zentralkomitee der SED“. Die Ergebnisse seiner Erhebungen blieben streng geheim und waren offenbar un- liebsam, denn das Institut wurde 1979 geschlossen.

Von 1966 bis 1989 existierte das „Leipziger Zentralinstitut für Jugend- forschung“, das dem Amt für Jugendfragen beim DDR-Ministerrat unterstellt war. Es erhob Meinungen von Jugendlichen zu aktuellen Fragen. Seine Fragebögen mussten zum Teil höheren Orts vorgelegt werden, wobei kritische Fragen häufig gestrichen wurden. Seit 1970 wurde die Schuljugend nicht mehr in die Befragungen einbezogen. Deren Aussagen widersprachen zu häufig den Darstellungen von Volks- bildungsministerin Margot Honecker.

Bei der Interpretation der abgedruckten Tabellen fällt zunächst die hohe Konstanz von 80 Prozent auf, mit der von 1960 bis 1987 in der Bevöl- kerung Westdeutschlands ein Wunsch nach Wiedervereinigung bejaht, und mithin Kohls Aussage („Sehnsucht“) gestützt wurde. Dies ist insofern erstaunlich, als 1987 nur noch eine Minderheit ein vereintes Deutschland aus eigenem Erleben kannte und für die Mehrheit der 1987 Befragten bereits 38 Jahre zwei deutsche Staaten Normalität waren. Trotzdem nahmen über zwei Drittel der Befragten die DDR nicht als Ausland wahr.

Zum Wunsch nach Wiedervereinigung kontrastiert scharf die Ein- schätzung, ob diese in absehbarer Zeit auch erreichbar sein werde. 1987 glaubten das 99 Prozent der Befragten nicht mehr.

An die Aufbereitung dieser Zahlen ließe sich eine Diskussion über das im Arbeitsblatt abgedruckte Zitat anschließen, zur Zweistaatlichkeit gebe es keine Alternative. Es stammt vom Historiker Josef Foschepoth, heute Professor für Zeitgeschichte in Freiburg. Es findet sich in dem 1988 von ihm herausgegebenen Werk „Adenauer und die Deutsche Frage“ (Göttingen, 1988) und ist keineswegs eine Einzelmeinung. Es ließe sich herausarbeiten, dass ihm die Bevölkerungsmeinung in der Ein- schätzung der damaligen Situation folgte, allerdings den Wunsch nach Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates nicht aufgeben mochte. Viele, die sich zur intellektuellen Elite Westdeutschlands zähl- ten, betrachteten seinerzeit einen Wunsch nach „Wiedervereinigung“ als nationalistisch und als extrem rechtskonservativ.

— Zu Aufgabe 2

Dass 1987 zehn Millionen Reisen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu zählen waren, kann als Erfolg der Entspannungspolitik gewertet werden und zugleich als Beweis, dass die „Einheit der Nation“ noch vorhanden war. Deren Erhalt zu sichern, war bekanntlich Ziel der von Bundeskanzler Willy Brandt begonnenen neuen Ostpolitik gewesen, der seine Nachfolger Bundeskanzler Schmidt (SPD) ebenso wie Bundes- kanzler Kohl (CDU) gefolgt sind.

Die Zahlen zeigen zugleich, dass ein prozentual sehr viel höherer Anteil von DDR-Bürgern nach Westdeutschland gereist ist als umgekehrt Westdeutsche in die DDR. Dazu mag das hohe „Eintrittsgeld“ in die DDR beigetragen haben (25 DM Zwangsumtausch 1:1 in DDR-Mark pro Person und Aufenthaltstag), das bei Privatbesuchen kaum sinnvoll ausgegeben werden konnte. Während die DDR-Führung in dieser Weise Westdeutsche von DDR-Reisen abschreckte, förderte umgekehrt die Bundesrepublik Deutschland Besuche, indem sie 100 DM „Begrüßungs- geld“ an jeden Reisenden aus der DDR pro Jahr auszahlte.

In den Reisezahlen spiegelt sich insbesondere auch die Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland wider, an der sich die DDR, solange sie existierte, stets von ihren Bürgern messen lassen musste.



Die „deutsche Frage“ Ende der 80er Jahre

— Lösungen und Unterrichtsanregungen zu Arbeitsblatt B

Das *Arbeitsblatt B* rückt die internationalen Aspekte der „deutschen Frage“ in den Vordergrund, wie sie sich 1987/88 den Zeitgenossen darstellten.

Deutsche Zweistaatlichkeit in europäischer Perspektive

Angesichts der Rolle, die das Deutsche Reich insbesondere von 1933 bis 1945 gespielt hatte, war die Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaats seinen Nachbarn \ddot{u} wenig sympathisch.

Der spätere französische Staatspräsident de Gaulle 1946: „Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, dass Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das „Reich“ wird. (...) Die verschiedenen traditionsgebundenen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selber verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.“ (Europa-Archiv 1946/47, S. 272)

Zu einem solchen Deutschland nach dem Stand von 1648 ist es nicht gekommen, aber der deutschen Zweistaatlichkeit konnte nicht nur der im *Arbeitsblatt* zitierte Andreotti etwas abgewinnen. Nachdem Honecker bereits 1985 einen Staatsbesuch in Italien absolviert hatte, empfing ihn 1988 auch der französische Staatspräsident Mitterand zu einem Staatsbesuch mit allen protokollarischen Ehren in Paris. Mitterand hatte sogar noch im Dezember 1989 der schon zusammenbrechenden DDR einen Gegenbesuch abgestattet. Dabei versicherte er der neuen Führung, die DDR könne mit der Solidarität Frankreichs rechnen.

2 Politische und moralische Einschätzung

— Zu Aufgabe 1

Um des europäischen Friedens willen, so lassen sich Bahrs Sätze interpretieren, müsse das Ziel der Wiedervereinigung ad acta gelegt werden. „Soweit wir nach vorn sehen können“, werde es zwei Staaten geben. Von dieser Tatsache gingen alle in Europa aus, und dieser Realität müssten sich auch die Deutschen beugen, um nicht Störenfriede in Europa zu sein.

Der Unterschied zu Kohl lag darin, dass dieser die deutsche Frage „weiter offen“ halten wollte. Er fügte allerdings einschränkend hinzu, sie stehe „zur Zeit“ nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte. Kohls historische Phantasie mag dabei weiter gegangen sein als die Bahrs: Was „zur Zeit“ nicht auf der Tagesordnung steht, kann vielleicht eines Tages wieder aktuell sein.

Die Textaussagen könnten in Beziehung gesetzt werden zu den demoskopischen Daten auf *Arbeitsblatt A*, wobei deutlich wird, dass die Position Egon Bahrs 1987/88 den Zeitgenossen \ddot{u} als die realistischere erschien. Bahr hatte in seiner Rede in Tützing 1963 für eine Politik ohne Illusionen geworben, „denn sonst müssten wir auf Wunder warten, und das ist keine Politik“. Als die historische Entwicklung 1989/90 die „deutsche Frage“ dann völlig überraschend doch im Sinne der Einheit löste, war dies für viele Menschen ein Wunder. Es könnte deshalb diskutiert werden, ob der ursprünglich theologisch gemeinte Ausspruch von Otto Dibelius (ev. Bischof von Berlin-Brandenburg 1945–1966) auch für die Geschichte und ihre Offenheit gegenüber der Zukunft gilt: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

— *Quellen Zitate*: Egon Bahr in: Reden über das eigene Land: Deutschland. Bertelsmann, München 2. Aufl. 1989, S. 104 f.; Helmut Kohl in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik III/5, S. 195 f.

— Zu Aufgabe 2

Als Antwort auf die gestellte Frage könnte das Sprichwort angeboten werden: „Wer mit dem Teufel isst, muss einen langen Löffel haben.“ Im Umgang mit dem Bösen, so er denn unumgänglich ist, gilt es also, Abstand zu wahren, um nicht selbst Teil des Bösen zu werden. Hatte da vielleicht die Politik „Wandel durch Annäherung“ aus *Annäherung* schleichend *Anbiederung* gemacht?

Um die Frage des Arbeitsblatts nicht im luftleeren Raum zu diskutieren, könnten die Schüler \ddot{u} die Problematik des Häftlingsfreikaufs diskutieren.

Hintergrund: Die Bundesregierung erwirkte von 1962/63 bis 1989 gegen Zahlung von DM die Freilassung von Häftlingen, die wegen nicht-krimineller Delikte in DDR-Gefängnissen saßen: weil sie von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht hatten (die formal auch von der DDR-Verfassung garantiert war), weil sie eine Flucht in den Westen vorbereitet hatten, Ausreiseanträge nicht zurücknehmen wollten und Ähnliches, kurz, etwas getan hatten, was in einem Rechtsstaat nicht strafwürdig ist.

Insgesamt wurden rund 33.000 Häftlinge freigekauft. Der Preis pro Häftling stieg von anfangs 40.000 DM sehr schnell auf 100.000 DM, womit Milliardenbeträge in die Kasse der stets unter Devisenmangel leidenden DDR gespült wurden. Der Häftlingsfreikauf trug auf diese Weise zur Stabilisierung des Systems bei. Die SED-Diktatur profitierte somit von ihrer Unrechtsjustiz, denn möglichst viele neue politische Häftlinge erhöhten die Staatseinnahmen.

Zur Diskussion: Wer handelt richtig? Derjenige \ddot{u} , der sich aus Prinzipientreue weigert, mit einer Diktatur zu verhandeln und ihr gar für verabscheuungswürdige Repression auch noch Geld zu bezahlen? Oder derjenige \ddot{u} , dem es in erster Linie darum geht, unschuldige Menschen aus schwersten Haftbedingungen zu befreien – mit welchen Mitteln auch immer?

Sind die Voraussetzungen in der Klasse oder Lerngruppe gegeben, so könnte eine weitere Vertiefung des Themas erfolgen, indem die Begriffe „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“ (Max Weber) eingeführt und diskutiert werden.